

Orban macht Stimmung für Wladimir Putin

Volksbefragung Ungarns Premier lässt sein Volk zu den Russland-Sanktionen der EU befragen.

Viktor Orban hat seinen Landsleuten mal wieder einen Brief geschickt. Sieben Fragen stehen darin, die nun per Post oder online beantwortet werden sollen, weil die Regierung laut Eigenpropaganda Wert darauf legt, «den Menschen zuzuhören». «Nationale Konsultationen», rechtlich unverbindliche Massenbefragungen, sind ein beliebtes Mittel von Fidesz zur Mobili-



Putin-Freund: Der ungarische Premier Viktor Orban. Foto: AFP

sierung in eigener Sache. Sie wurden vom ungarischen Ministerpräsidenten auch schon zur Lockerung von Covid-Massnahmen oder zur Verteilung von Migranten in Europa abgehalten – und haben immer das erwünschte Ergebnis erzielt.

Diesmal geht es um die von den EU-Staaten gemeinsam beschlossenen Sanktionen gegen Russland, denen Ungarn – bis auf Details – stets zugestimmt hatte. Was Orban in seinem Brief allerdings unerwähnt lässt.

Vielmehr klingt es so, als sei Ungarn das Opfer einer irren Brüsseler Bürokratie, die bei ihrem Versuch, Russland für seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu strafen, nicht nur massiv übers Ziel hinausgeschossen sei, sondern insbesondere Ungarn zum Opfer ihrer überzogenen Massnahmen gemacht habe.

Er verbiegt die Wahrheit

Parallel zur Volksbefragung wird das Land mit einer Plakatkampagne überzogen, auf der eine Bombe mit der Aufschrift «Sanktionen» zu sehen ist; darunter: «Brüssels Sanktionen zerstören uns!» Als seien es nicht russische Raketen, die ukrainische Städte zerstörten. Folgerichtig bezeichnet Orban die EU-Sanktionen auch in seinen Reden gern als «Atombombe», die es unbedingt abzuwenden gelte. Wenn man dem Ministerpräsidenten glaubt, ist die Lage im Land dramatisch – wegen Brüssel.

Was der Ungar erreichen will, liegt auf der Hand: In einigen Wochen wird erst die EU-Kommission eine Empfehlung aussprechen und dann der Europäische Rat entscheiden, ob das Land genug getan hat zur Korruptionsbekämpfung – und ob die wegen des laufenden Rechtsstaatsverfahrens zurückgehaltenen Euro-Milliarden aus Brüssel, die Orban so dringend braucht, freigegeben werden. 17 Massnahmen will Budapest umsetzen; Kritiker sprechen von «kosmetischen Korrekturen» und «Scheinreformen», aber in der Kommission scheint man geneigt zu sein, Orban entgegenzukommen. Ein Grund: Er kann die EU mit Vetos zur Ukraine-Politik erpressen. Nun will der Populist sich auch offiziell ein Mandat vom Volk holen.

Cathrin Kahlweit, Wien